

## **Dissertationsprojekt Julia Gehrke, M.A.**

Arbeitstitel: Die UNESCO-Politik der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren (Betreuer: Prof. Dr. Friedrich Kießling), gefördert von der Gerda Henkel Stiftung

Kurzbeschreibung:

Das Projekt untersucht die bundesdeutsche UNESCO-Politik aus historischer Perspektive schwerpunktmäßig anhand der UNESCO-Krise, welche durch die Aufkündigung der Mitgliedschaft der USA 1983, gefolgt von Großbritannien und Singapur weithin sichtbar wurde.

Die UNESCO ist die einzige Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die mit nationalen Kommissionen und Ständigen Vertretungen über starke nationale Elemente in ihrer Struktur verfügt. Dadurch bietet sie neben internationaler Kooperation auch Möglichkeiten für nationale Schwerpunktsetzungen und deren interne Diskussion. Für die Bundesrepublik besaß sie insofern besondere Bedeutung, dass der westdeutsche Staat bereits früh über einen Aktionsrahmen in der UNESCO verfügte. Der bundesdeutsche Beitritt erfolgte 1951 und war lange eine der wenigen Möglichkeiten zu einer multilateralen Partnerschaft sowie ein wichtiger Schritt aus der außenpolitischen Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die UNESCO stellte damit zu Beginn der 1970er Jahre einen bereits länger etablierten multilateralen Handlungsrahmen für die Bonner Außenpolitik dar.

Durch die Austritte von Partnerländern, wie USA und Großbritannien, sah sich die Bundesrepublik mit einer neuen Situation konfrontiert und neuen Erwartungen ausgesetzt. Mit Überraschung stellten bundesdeutsche Akteure ihre veränderte, gewachsene Rolle im internationalen Kontext der UNESCO fest. Daher geht es in dem Vorhaben um die Bestimmung der Position einzelner involvierter Akteure wie des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramts, der Kultusministerien der Länder, der Deutschen UNESCO-Kommission sowie der Parteien, deren Aushandlungsprozesse einer Haltung nach außen beziehungsweise der Verortung zwischen den europäischen und transatlantischen Partnern und um die Definition der eigenen Rolle.

Neben einem Fokus auf die verschiedenen Akteure wird methodisch der in der Politikwissenschaft entwickelte Ansatz internationaler Rollenkonzepte herangezogen. Der Zeitraum der 1970er und 1980er Jahre befindet sich zwischen der vorwiegend für die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik in der Geschichtswissenschaft beschriebenen „Haltung der Zurückhaltung“ (Johannes Paulmann) sowie Vorstellungen einer bundesdeutschen „Zivilmacht“ (Hanns W. Maull), wie sie bislang vor allem für die Zeit nach 1989 in der Politikwissenschaft herausgearbeitet worden sind.